



Nr. 4

31. Januar 2025

Friedrichstraße 169
D-10117 Berlin

Verantwortlicher Redakteur
Michael Eufinger

Telefon 030.40 81-55 70
Telefax 030.40 81-55 99
presse@dbb.de
www.dbb.de

Inhalt

Einkommensrunde für Beschäftigte von Bund und Kommunen
[Öffentlicher Dienst: Warnstreik-Auftakt in Aachen](#)

Kabinettsbeschluss
[Silberbach zur Diversitätsstrategie: „Ein starkes Signal“](#)

Politische Gespräche
[Nachhaltige Weichenstellung in der Bildungspolitik notwendig](#)

Gespräch mit MdB Frank Bsirske
[Gleichstellung stärken, um Rechtsextremismus zu schwächen](#)

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Hessen
[Schmitt: Wieder rechtsstaatliche Verhältnisse herstellen](#)

Sachsen-Anhalt
[Nicht nur bei der Polizei gibt es hoheitliche Aufgaben](#)

Verband Bildung und Erziehung (VBE)
[Gewalt gegen Lehrkräfte bleibt hoch, Politik taucht unter](#)

[Namen und Nachrichten](#)

aktuelle

Informationsdienst des dbb

Einkommensrunde für Beschäftigte von Bund und Kommunen Öffentlicher Dienst: Warnstreik-Auftakt in Aachen

Mit einem ersten Warnstreik in Aachen sendeten die Beschäftigten von Bund und Kommunen ein lautstarkes Signal an die Arbeitgebenden.

„Der öffentliche Dienst ist am Limit“, warnte Herrmann-Josef Siebigtheroth, Bundesvorsitzender der dbb-Mitgliedsgewerkschaft VDStr. und stellvertretender Vorsitzender der Geschäftsführung der dbb Bundestarifkommission, auf der Demonstration in Aachen am 28. Januar 2025 vor 1000 Teilnehmenden. „Angesichts der massiven Fachkräftelücke können sich die Arbeitgeber nicht leisten, unsere berechtigten Forderungen zu ignorieren. Der Personalmangel ist nicht nur für den öffentlichen Dienst selbst problematisch, sondern gefährdet auch die Handlungsfähigkeit des Staates – und im Falle des Straßenbetriebsdienstes auch die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger.“ Siebigtheroth schloss weitere Protestaktionen bis zur zweiten Verhandlungsrunde am 17. Februar 2025 nicht aus.

Ingo Bings, Landesvorstandsmitglied der komba gewerkschaft nrw, machte deutlich: „Um den öffentlichen Dienst zu stärken, müssen die Arbeitgeber endlich in die Beschäftig-

ten investieren, statt sie permanent nur zu vertrösten. Die Attraktivität muss wachsen. Genau das spiegeln unsere Forderungen wider. Dazu gehören nicht zuletzt ein Volumen von 8 Prozent sowie mehr Arbeitszeitsouveränität und zusätzliche freie Tage. Ohne die Beschäftigten im öffentlichen Dienst geht es nicht.“

Der dbb fordert eine Entgelterhöhung im Volumen von 8 Prozent, mindestens aber 350 Euro monatlich mehr. Außerdem geht es um die Einrichtung eines Arbeitszeitkontos, über das die Beschäftigten eigenständig verfügen können. Ferner fordern die Gewerkschaften drei zusätzliche freie Tage als Maßnahme zur Entlastung sowie einen zusätzlichen Tag für Gewerkschaftsmitglieder. Für Auszubildende, Studierende sowie Praktikantinnen und Praktikanten soll eine Erhöhung der Entgelte um 200 Euro durchgesetzt werden.

Alle Informationen und Hintergründe gibt es unter www.dbb.de/einkommensrunde.

Kabinettsbeschluss

Silberbach zur Diversitätsstrategie: „Ein starkes Signal“

Eine diverse und diskriminierungsfreie Verwaltungskultur fördern und gewährleisten – dieses Ziel verfolgt die Diversitätsstrategie der Bundesregierung.

„Der öffentliche Dienst ist in jeder Hinsicht vielfältig. Das gilt nicht nur für die unzähligen Arbeitsbereiche, das gilt natürlich auch für die Menschen im öffentlichen Dienst. Bei uns zählen nur Eignung, Befähigung und fachliche Leistung, nicht Herkunft, Religionszugehörigkeit oder sexueller Orientierung“, sagte der dbb Bundesvorsitzende Ulrich Silberbach am 29. Januar 2025 in Berlin. „Mit der beschlossenen Diversitätsstrategie kann die Attraktivität der Bundesverwaltung für alle Bevölkerungsgruppen gesteigert werden. Das ist ein starkes Signal.“

Beschäftigtenetzwerke einrichten, Zielvorgaben für mehr Vielfalt definieren, Chancengleichheit erhöhen – all das ist Teil des beschlossenen Pakets. Der dbb unterstützt jegli-

che Maßnahmen, um Menschen anzusprechen, die Interesse an einer Karriere in der Bundesverwaltung haben, betonte der Bundesvorsitzende. „Hierbei denke ich insbesondere an Menschen mit Einwanderungsgeschichte. Denn eine vielfaltsbewusste Personalstrategie wird auch der gesellschaftlichen Entwicklung gerecht.“

Der dbb begrüßt, dass sich das Kabinett in dem Beschluss zum Leistungsgrundsatz bekennt. Silberbach: „Entscheidend für den Zugang zum öffentlichen Dienst sowie die Personalentwicklung sind Eignung, Befähigung und fachliche Leistung. Diesen Grundsatz müssen sämtliche Maßnahmen zur Diversitätsförderung berücksichtigen, das ist für uns als dbb maßgeblich.“

Politische Gespräche

Nachhaltige Weichenstellung in der Bildungspolitik notwendig

Anlässlich der bevorstehenden Wahl formuliert der dbb klare Erwartungen an die kommende Bundesregierung.

Die künftigen Regierungsparteien stehen vor sehr grundlegenden Herausforderungen, das gilt auch für das Bildungssystem. Nachhaltige Weichenstellungen sind erforderlich, das haben dbb-Vertreterinnen in politischen Gesprächen immer wieder deutlich gemacht – so auch am 30. Januar 2025 bei einem Treffen mit Ria Schröder, bildungspolitische Sprecherin der FDP-Fraktion im Deutschen Bundestag. „Der Putz an unseren Kitas und Schulen bröckelt, ähnlich wie das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in den Staat. Ob nun der Zustand unserer Bildungseinrichtungen, der Fachkräftemangel, die Digitalisierung oder die Demokratiebildung – der Handlungsbedarf ist groß. Es braucht entschiedene Maßnahmen und umfangreiche Investitionen, um die Potenziale guter Bildung für die Entwicklung jedes Einzelnen und die Gesellschaft als Ganzes voll ausschöpfen zu können“, betonte Simone Fleischmann, stellvertretende Bundesvorsitzende des dbb und des Verbandes Bildung und Erziehung (VBE) am 30. Januar 2025.

„Bildung ist grundsätzlich Ländersache, kann aber nur dann gelingen, wenn alle Ebenen gut zusammenwirken. Bürokratische Hemmnisse müssen abgebaut, die Zusammenarbeit effizienter gestaltet und die Mittelflüsse verstetigt werden, um die Wirksamkeit der Maßnahmen vor Ort gewährleisten zu können. Das Ringen um den DigitalPakt hat diese Notwendigkeit klar aufgezeigt“, erläuterte Susanne Lin-Klitzing, Vorsitzende des Deutschen Philologenverbands (DPhV) und Vorsitzende der dbb Fachkommission Schule, Bildung und Wissenschaft. Es bedürfe eines ganzheitlichen Ansatzes, der sich von den Kitas über die allgemein- und berufsbildenden Schulen bis hin zu den Hochschulen erstreckt. „Von der Politik erwarten wir ein klares Bekenntnis für entschlossene Maßnahmen, die ausreichend und bestens ausgebildetes Personal, angemessene Räumlichkeiten und eine bedarfsgerechte Ausstattung für ein leistungsfähiges Bildungssystem sicherstellen“, so Lin-Klitzing.

Gespräch mit MdB Frank Bsirske

Gleichstellung stärken, um Rechtsextremismus zu schwächen

Im Austausch mit Frank Bsirske MdB (Grüne), ordentliches Mitglied im Ausschuss für Arbeit und Soziales, übergab dbb frauen Chefin Milanie Kreutz die Forderungen der dbb frauen.

Im Fokus des Gesprächs stand die Gefahr für die Demokratie durch den Rechtsruck. Milanie Kreutz betonte den Ernst der Lage: „Rechtsextreme Ideologien beginnen oft mit Angriffen auf Frauenrechte. Sie sind das Einfallstor für eine Gesellschaft, die rückwärts statt vorwärts geht. Und genau das beobachten wir gerade weltweit. Als Gewerkschaften müssen wir hier entschieden dagegenhalten.“ Gleichstellung sei daher kein Projekt für Sonntagsreden, „sondern muss Maßstab für Regierungshandeln sein“, machte Kreutz deutlich. „Die kommende Regierung muss zeigen, dass sie Gleichstellung und Frauenrechte ernst nimmt. Sonst haben die Rechtsextremen leichtes Spiel, die bisherigen Erfolge und Anstrengungen zu untergraben.“ Im März 2024 hatte der dbb das Positionspapier „Demokratie stärken – Zusammenhalt fördern“ und die dbb frauen eine Resolution gegen Rechtsextremismus

und für die Verteidigung von Frauenrechten verabschiedet.

Zudem tauschten sich Kreutz und Bsirske intensiv zu Schuldenbremse und Investitionen aus. Konsens bestand darin, dass Investitionen sowohl in die physische als auch in die soziale Infrastruktur essenziell sind. „Wer an der Schuldenbremse festhält, als wäre sie ein Naturgesetz, ignoriert die Realität“, gab Kreutz zu bedenken. „Ohne Investitionen in Infrastruktur – dazu gehören (Wasser-)Straßen und Schienen, aber ebenso die Care-Infrastruktur für Pflege und Betreuung – fährt unsere Gesellschaft gegen die Wand. Wenn Frauen die Lücken eines kaputtgesparten Systems mit unbezahlter Arbeit schließen müssen, zahlen sie den Preis: mit ihrer Karriere, ihrer Rente und ihrer Zukunft.“ Deutschland könne es sich nicht leisten, qualifizierte Pflegekräfte zu verlieren,

weil sie gezwungen sind, ihre Eltern privat zu versorgen – nur weil der Staat versagt. „Eine starke Wirtschaft braucht eine starke soziale

Infrastruktur,“ hob die dbb frauen Chefin hervor. Weitere wichtige Punkte in dem Gespräch waren das Gewalthilfegesetz und die Kindergrundsicherung.

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Hessen

Schmitt: Wieder rechtsstaatliche Verhältnisse herstellen

Der dbb Hessen begrüßt, dass die Innenminister der Länder und des Bundes am 27. Januar 2025 über die tödliche Gewalttat in Aschaffenburg und dringend notwendige Konsequenzen beraten. „Es ist längst überfällig, erforderliche Maßnahmen umzusetzen, statt wiederkehrend nur verbale Betroffenheit zum Ausdruck zu bringen und danach zur Tagesordnung überzugehen“, sagt der Vorsitzende des dbb Hessen, Heini Schmitt.

„Wir stellen schon länger eine massive Überforderung bei den beteiligten Behörden fest, ob bei den Ausländerämtern, der Polizei, der Justiz oder letztlich bei den Kommunen.“ Daher sei es aus Sicht des dbb Hessen richtig und notwendig, nun das Thema Zuwanderung wieder in rechtsstaatliche Verhältnisse zu überführen. „Teile der Bevölkerung nehmen den öffentlichen Raum zunehmend als Angstraum wahr, weil der Staat die Bürger offenkundig nicht mehr adäquat schützen kann“, erklärt Heini Schmitt. „Dieser Effekt wirkt bei den Menschen nicht nur in den betroffenen Städten wie Magdeburg, Halle, Aschaffenburg oder Berlin meist noch Jahre nach.“

Zudem müsse der Eindruck entstehen, dass die Sicherheitsarchitektur, der Datenaustausch und die gesetzlichen, vor allem datenschutzrechtlichen Bestimmungen nicht mehr den Anforderungen der Gegenwart zu genügen scheinen. „Die Bürgerinnen und Bürger haben ein Recht darauf, dass der Staat alle gesetzlichen Bestimmungen zur Verfügung stellt und auch konsequent vollzieht, damit sie in Sicherheit und Freiheit leben können. Wenn der Staat Migration weiterhin völlig ungesteuert zulässt und sich dadurch in eine gewisse Ohnmacht manövriert, wird es immer weniger gelingen, sich angemessen um wirklich hilfsbedürftige Menschen aus Kriegsgebieten und politisch Verfolgte zu kümmern“, so Schmitt weiter.

Sachsen-Anhalt

Nicht nur bei der Polizei gibt es hoheitliche Aufgaben

Nach einem Bericht der Mitteldeutsche Zeitung hat der Landesrechnungshof von Sachsen-Anhalt empfohlen, die Zahl der Beamtinnen und Beamten zu reduzieren und stattdessen vermehrt auf Angestelltenverhältnisse zu setzen, um die Kosten für die im Alter zu zahlenden Pensionen zu vermeiden. Der dbb Landeschef Ulrich Stock stellte dazu fest, dass der Landesrechnungshof insoweit die Gesamtauswirkungen auf den Landeshaushalt über die gesamte Zeit des Beamten ungenügend bewertet hat. Vielmehr ist die Unfähigkeit der politischen Entscheidungsträger entsprechende Vorsorge zu treffen der Kardinalfehler.

Die Diskussionen über die Kosten der Beamten und ihre Pensionen sind ein immer wiederkehrendes Thema. Kritiker argumentieren, dass die Altersversorgung der Beamten eine erhebliche finanzielle Belastung für die öffentlichen Haushalte darstellt. Dabei verschwiegen wird aber, dass der Beamte in seiner aktiven Zeit den Landeshaushalt weniger belastet als Angestellte. Immerhin erspart sich das Land

die Arbeitgeberanteile für die Rentenversicherung und die Arbeitslosenversicherung dauerhaft. Auch hinsichtlich der Krankenversicherung zahlt das Land nur im Krankheitsfall des Beamten und nicht monatlich an eine Krankenkasse.

Aus Sicht des Landesrechnungshofes sollten Verbeamtungen etwa nur bei hoheitlichen Tätigkeiten wie der Polizei erfolgen. Dazu Stock:

„Hoheitliche Aufgaben beschränken sich nicht nur auf Polizei, sondern umfassen viele weitere Bereiche, die für das Funktionieren des Staates und die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit essenziell seien wie Bildung, Justiz, Verwaltung sowie das Finanzwesen. Immerhin verlangt unsere Verfassung den Einsatz eines Beamten bei hoheitlicher Tätigkeit.“

Die Bedeutung dieser Aufgaben anzuerkennen und sicherzustellen sei in der heutigen Zeit von

entscheidender Bedeutung. „In einer sich ständig verändernden Welt, in der Herausforderungen wie Globalisierung, technologische Fortschritte und gesellschaftliche Veränderungen an der Tagesordnung sind, ist es unerlässlich, dass die hoheitlichen Aufgaben und die Behörden, die sie ausführen, gestärkt und unterstützt werden. Nur so können wir eine stabile und gerechte Gesellschaft aufrechterhalten“, machte Stock deutlich.

Verband Bildung und Erziehung (VBE)

Gewalt gegen Lehrkräfte bleibt hoch, Politik taucht unter

Der VBE gibt seit 2016 die repräsentative Umfrage zum Thema „Gewalt gegen Lehrkräfte“ bei forsa in Auftrag. Seit 2018 werden Schulleitungen zu diesem Thema in regelmäßigen Abständen befragt.

Nach einem enormen Anstieg zwischen 2018 und 2022 stagniert die Zahl der Schulen, an denen Lehrkräfte Gewaltvorfällen ausgesetzt sind, seither auf hohem Niveau. So kam es innerhalb der letzten fünf Jahre an 65 Prozent der Schulen zu psychischen (2018: 48%) und an 35 Prozent der Schulen zu physischen Gewaltvorfällen gegen Lehrkräfte (2018: 26%). 36 Prozent der befragten Schulleitungen berichteten davon, dass Lehrkräfte ihrer Schule Opfer von Cybermobbing wurden (2018: 20%).

Eine Unterstützung nach Gewaltvorfällen scheidet oft an uneinsichtigen Täterinnen und Tätern und kooperationsunwilligen Eltern. Allerdings werden auch die zu hohe Aufgabenfülle, bürokratische und aufwändige Strukturen

bei der Meldung von Gewaltfällen und unzureichende Unterstützung durch den Dienstherrn genannt. Wie schon 2022 berichtet fast ein Fünftel der Schulleitungen, dass die Meldung von Gewaltvorfällen seitens der Schulbehörde nicht gewünscht sei.

Bundesweit verfügt nur gut die Hälfte der Schulen über einen alternativen Alarm, der Schülerinnen und Schüler sowie Lehrkräfte im Falle eines Amoklaufs warnt, Schutz zu suchen.

Ausführliche Ergebnisse gibt es unter:
www.vbe.de.

Namen und Nachrichten

Am 28. Januar 2025 traf sich der Vorstand des **DBB NRW** in Düsseldorf zu einem „erfrischend-kontroversen Meinungsaustausch“ mit der SPD-Fraktion im NRW-Landtag. Im intensiven Gespräch wurden angesichts der bevorstehenden Bundestagswahl und der Kommunalwahl im Herbst ähnliche Auffassungen sowie verschiedene Positionen zur Tagespolitik

aber auch bezüglich der Potenziale eines modernen öffentlichen Dienstes diskutiert. Dabei stand insbesondere die Steigerung der Attraktivität im Mittelpunkt. Diese wichtigen Gespräche tragen dazu bei, parteiübergreifend eine gute Basis für die Vertretung der Interessen der Beschäftigten zu schaffen. Dieser intensive und zielführende Dialog soll auch in Zukunft fortgeführt werden.

Termine:

17. - 18. Februar 2025

Einkommensrunde Bund & Kommunen: 2. Verhandlungsrunde

Weitere Informationen unter www.dbb.de

14. - 16. März 2025

Einkommensrunde Bund & Kommunen: 3. Verhandlungsrunde

Weitere Informationen unter www.dbb.de
